

deutschem Muster gibt es weder in Italien noch in Frankreich. Wer zuerst auf einem Kanal sendet, hat zwar höhere Anrechte, aber ein Senderreichweiten-Anspruch besteht im zu versorgenden Gebiet nicht. Es gibt einfach zu viele Sender, die sich in jede Lücke drängen. Sollte eine Frequenz durch einen Betreiber länger als 28 Tage nicht benützt werden, kann ein anderer Interessent die Frequenz übernehmen. Die Fernmeldeverwaltung koordiniert nur Sender der staatlichen „RAI“ (Italien) oder der „france“ (Frankreich) international mit Nachbarstaaten. So werden private Sender in unseren Nachbarländern auch nicht dem IFRB (internationaler Ausschuss zur Frequenzregistrierung) gemeldet. Der Grund ist einfach: Italien liegt geografisch, als Mittelmeer-Anrainerstaat, günstig und hat somit fast keine Festlandsnachbarn, die zu einer Frequenzkoordinierung befragt werden müssen. Außerdem schirmen die Alpen im Norden mögliche Störungen ab. Die Senderleistung für die privaten Sender ist im allgemeinen auf unter 1 kW (ERP) beschränkt.

Besonderheiten der grenzüberschreitenden Senderpiraten

Das Senden ins Ausland ist international nicht geregelt. Solange der zuständigen Fernmeldeverwaltung keine Störungsmeldung vorliegt, wird dagegen auch nichts unternommen. Dies hat dazu geführt, daß sich etwa fünfzig Piratensender im grenznahen Gebiet etabliert haben, die das benachbarte Ausland gezielt mit ihren Programmen versorgen.

Als Senderstandorte dienen ausschließlich topografisch günstige Berggipfel, z.B. die Zentralalpen-Gipfel an der italienisch-österreichischen Grenze, von denen Sichtverbindung nach München besteht.

Auf dem Wilden Freiger (3400 m) und auf dem Schwarzenstein (3360 m) sind UKW-Senderanlagen mit Leistungen bis zu 500 kW (ERP) errichtet worden. Auf einem dieser Alpengipfel wird derzeit sogar ein

leistungsstarker TV-Sender gebaut, der im UHF-Bereich nach Bayern strahlen soll.

Die Programminhalte der Piraten lassen wenig erkennen, daß sie aus dem Ausland stammen, so sehr sind sie auf das Zielgebiet BRD fixiert. Allerdings kommen die Geldgeber der Piraten meist aus Deutschland und Österreich.

Da die Sendeantennen der Piraten nach jenseits der Grenzen ausgerichtet werden, sind im Hinterland kaum Störungen zu erwarten. Daher blieben diese Sender bisher von den Fernmeldeverwaltungen Italiens und Frankreichs unbehelligt.

Sollte im Ausland ein in Betrieb befindlicher Sender durch einen Piraten gestört werden, bekommen diese auch prompt eine Abschaltverfügung. Sendeten die Piraten auf einer bisher im Inland nicht genutzten Frequenz, konnten sie oft über einen längeren Zeitraum mit Duldung der betroffenen Fernmeldeverwaltung ihr Unwesen treiben.

Mancherorts ging damals die Duldung durch die Fernmeldeverwaltung dieser Auslands-Senderpiraten gar soweit, daß diese als „ortsüblich empfangbare Sender“ in die Kabelnetze eingespeist wurden. Vorübergehend hat sich auch so mancher Politiker für die Interessen der Auslandspiraten eingesetzt. Dies mag zu Zeiten, als es in Deutschland keinen Privatfunk gab, sinnvoll gewesen sein. Jetzt ist der private Rundfunk bei uns eingeführt, und trotzdem haben wir es mit einer noch nie so hohen Zahl an Piratensendern zu tun.

Möglichkeiten zur wirksamen Abwehr der Auslandspiraten

Um die Piratensender auszuschalten, gibt es mehrere Verfahrensweisen:

■ Störungsmeldung an die Rundfunk-Störungsstellen der DBP, falls ein Pirat eine benützte Frequenz im Inland stört bzw. keine ausreichenden Schutzabstände zu den Nachbarkanälen einhält.

■ Piratenfrequenzen dem inländischen Bedarf zuführen: Betroffene inländische Radiostationen (Landesketten) sind aufgefordert, zu prüfen, ob die Frequenzen, die von Piraten widerrechtlich benützt werden, für den eigenen Versorgungsauftrag verwendbar sind. Diese Frequenzen lassen sich in vielen Fällen ohne weiteres inländisch koordinieren. Die Funkreferate der zuständigen Oberpostdirektionen sind hier bei der Prüfung behilflich. örtliche Versorgungsprobleme im zu versorgenden Sendegebiet (Versorgungsauftrag) eventuell mit Füllsendern kleiner Leistung zu schließen.

■ Landesmedienbehörden und Bundespost immer wieder auf das Problem „Piratensender“ aufmerksam machen.

■ Koordinierung neuer Frequenzen: Sollte sich diese Frequenz im Inland koordinieren lassen, hat der Pirat keine Chance mehr und muß abschalten. In der Regel wird der Pirat versuchen, auf andere Frequenzen auszuweichen, dies ist ihm jedoch auf Grund der hohen Sendernetzdichte kaum noch möglich.

■ Hinweise zur leichteren Koordinierung von Frequenzen: Derartige Frequenzen lassen sich erfahrungsgemäß immer nach folgenden Parametern koordinieren: Planung von Sendern kleiner Leistung, sogenannte Füllsender, bis 160 W (ERP), keine topografisch extremen Standorte planen, im Inland der Nutzungsmöglichkeit im Hinblick auf die Nachbarkanalsituation ausreichenden Abstand einhalten (gemäß Schlußprotokoll Regionales Abkommen für die europäische Rundfunkzone).

Sendepiraten spekulieren nur darauf, daß nichts gegen sie unternommen wird. Ein Sprecher eines Piratensenders gab einmal zum Besten: „Ich danke allen, die haben gewähren lassen.“

In Bayern wurde für das Sendernetz von Antenne Bayern auf

Grund der schwierigen topografischen Situation, andererseits wegen Leistungsbeschränkungen an einigen Senderstandorten über 104 MHz (Regionale UKW-Tonrundfunkkonferenz Genf 1984), dringend eine zusätzliche UKW-Frequenz benötigt, um dem Versorgungsauftrag in Bayern gerecht werden zu können.

Erste Erfahrungen mit Gegenmaßnahmen

In diesem Zusammenhang konnte erstmals in Zusammenarbeit mit Antenne Bayern, OPD München, FTZ, BLM, BPM erfolgreich eine Frequenz koordiniert werden, die vorher widerrechtlich von einem Auslandspiraten benützt wurde.

Deinoch hat der zusätzliche Bedarf an Frequenzen nichts mit unnötigen Frequenzbesetzungsmaßnahmen zu tun, da z.B. das Sendernetz von Antenne Bayern im Vergleich zum Bayerischen Rundfunk – auf Grund frequenzökonomischer Planung – mit weniger Frequenzen für ganz Bayern auskommt.

Kein Platz für Senderpiraten

Inländische private Programmanbieter fordern im dualen Rundfunksystem der Bundesrepublik besondere Schutzwürdigkeit, da ihnen zur Finanzierung ausschließlich Werbeeinnahmen zur Verfügung stehen. Private Sender können neben den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im fairen Wettbewerb bestehen. Auslandspiraten stellen jedoch wegen ihres unlauteren Wettbewerbs für die Privaten ein unalkulierbares Risiko dar.

Walter Mayer